



AMTSBLATT

der Gemeinde Auerbach



Jahrgang 2024

Amtsblatt Nr. 63/2024 vom 11.12.2024

Inhaltsverzeichnis:

Korrektur - Ortsübliche Bekanntgabe zur 5. Sitzung des Gemeinderates Auerbach am 02.12.2024
Satzung über die Erteilung von Erlaubnissen für die Sondernutzung und über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an Gemeindestraßen und Ortsdurchfahrten in der Gemeinde Auerbach (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung) vom 03.12.2024

Korrektur - Ortsübliche Bekanntgabe zur 5. Sitzung des Gemeinderates Auerbach am 02.12.2024

Die Beschlüsse werden auszugsweise veröffentlicht. Der vollständige Wortlaut des Protokolls, öffentlicher Teil, kann im Rathaus Auerbach zu den Öffnungszeiten eingesehen werden.

Es haben 11 Gemeinderäte und Gemeinderätinnen, einschließlich des Bürgermeisters, an der Sitzung teilgenommen; Beschlussfähigkeit wurde festgestellt. Die Gemeinderatssitzung wurde vom Bürgermeister, Herrn Kretzschmann, geleitet.

Zur Gemeinderatssitzung waren als Gäste 3 Vertreter der Sportvereine und Herr Lämmel sowie 4 Mitarbeitende der Verwaltung anwesend.

Seit der 4. Gemeinderatssitzung wurde keine Eilentscheidung getroffen.

Im nichtöffentlichen Teil der 5. Gemeinderatssitzung wurde ein Beschluss gefasst.

Der Tagesordnungspunkt 5.1 muss entfallen und wird zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt.
Der Tagesordnungspunkt 5.3 wird in den nichtöffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung verschoben.

Frau Gerber erläuterte die Haushaltsdaten zum Stand 30.11.2024 und machte zum wiederholten Male klar, dass der Stand an liquiden Mitteln erhalten werden sollte, um auch weiterhin Förderprogramme nutzen zu können und die dafür erforderlichen Eigenmittel in den liquiden Mitteln zur Verfügung zu haben.

Die Transferleistungen und Erträge sind vollständig eingearbeitet. Es liegen auch fast alle Schlussrechnungen vor. Die Erträge sind, durch geringere Schlüsselzuweisungen und weniger Einnahmen beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer, geringer als geplant.

Frau Gerber informierte die Mitglieder des Gemeinderates über die Stellungnahme der Gemeinde Auerbach zum Prüfungsbericht des Staatlichen Rechnungsprüfungsamtes Zwickau für die Haushaltsjahre 2012 bis 2021.

Gemeinderat Herold bedankt sich bei allen Organisatoren des Weihnachtsmarktes und der Begleitveranstaltungen. Es war wieder eine gelungene Veranstaltung.

Impressum

Herausgeber:
Erreichbarkeit:
E-Mail:
Verantwortlichkeit:
Redaktion:
Erscheinungsintervall:

Gemeinde Auerbach, Hauptstr. 83, 09392 Auerbach
(03721) 2606-0, Durchwahl: (03721) 2606-112
info@auerbach-erzgebirge.de
Bürgermeister Horst Kretzschmann
Gemeindeverwaltung Auerbach
nach Erfordernis

Folgende Beschlüsse wurden in der Gemeinderatssitzung am 02.12.2024 gefasst:

Beschluss-Nr.: 97/2024

mehrheitlicher Beschluss – zugestimmt

Beschluss Benutzungs- und Entgeltordnung für die Turnhalle und die Sporthalle Auerbach

Der Gemeinderat der Gemeinde Auerbach beschließt die anliegenden allgemeinen Bestimmungen und Entgeltordnung für die Nutzung der Turnhalle Auerbach, Turnerweg 1 und Sporthalle Auerbach, Zechenweg 2.

Beschluss-Nr.: 98/2024

einstimmiger Beschluss – zugestimmt

Beschluss Genehmigung des notariellen Kaufvertrages für ein Teilstück des Flurstückes 514/7 der Gemarkung Auerbach

1. Der Gemeinderat der Gemeinde Auerbach hat Kenntnis vom Inhalt der Urkunde des Notars Denis Koudous in Thum vom 29.10.2024, UVZ-Nr. 1423/2024 und genehmigt diese hiermit in allen Teilen unbedingt und vorbehaltlos.
2. Der Gemeinderat der Gemeinde Auerbach bewilligt die Eintragung ins Grundbuch.

Beschluss-Nr.: 99/2024

mehrheitlicher Beschluss – zugestimmt

Beschluss zur Aufhebung Beschluss BA 48/2024 und Neuvergabe Los Parkettsanierung UG Oberschule Auerbach

1. Der Gemeinderat der Gemeinde Auerbach beschließt, den Beschluss Nr. 48/2024 vom 27.05.2024 wegen Undurchführbarkeit aufzuheben.
2. Der Gemeinderat der Gemeinde Auerbach beschließt, den Auftrag zur Sanierung des Parketts im Speisesaal
Oberschule Auerbach, Obere Schulstraße 7 an die Firma Parkett & Fußbodentechnik Maik Peschenz, Siedlerweg 48 in 09355 Gersdorf zu einem Auftragswert von 9.018,42 € brutto zu vergeben.

Beschluss-Nr.: 100/2024

einstimmiger Beschluss – zugestimmt

Beschluss Jahresabschluss der Gemeinde Auerbach für das Haushaltsjahr 2019

1. Der Gemeinderat der Gemeinde Auerbach stellt den ordnungsgemäß vorgelegten und geprüften Jahresabschluss der Gemeinde Auerbach für das Haushaltsjahr 2019 in der vorgelegten Fassung fest mit:

- dem Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses i.H.v. 987.485,31 €, dessen Verrechnung des Saldos der Abschreibungen mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO i. H. v. 134.754,77 € und dessen Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses i. H. v. 21.611,58 € und Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses i. H. v. 831.118,96 €
- dem Überschuss des Sonderergebnisses i. H. v. 174.007,03 € und dessen Einstellung in die Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses
- dem Gesamtergebnis i. H. v. -678.723,51 €
- dem Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit i. H. v. -290.309,77 €
- dem Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit i. H. v. 13.316,19 €
- dem Zahlungsmittelsaldo aus Finanzierungstätigkeit i. H. v. -115.101,98 €
- dem Zahlungsmittelsaldo aus durchlaufenden Geldern i. H. v. 89,52 €
- der Verminderung des Finanzmittelbestandes um 392.006,04 € auf 358.219,45 €
- einer Bilanzsumme von 14.177.079,63 €.

2. Soweit dies nicht durch besondere Beschlussfassung bereits erfolgt ist, wird den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 79 Abs. 1 SächsGemO zugestimmt.

Beschluss-Nr.: 101/2024

einstimmiger Beschluss – zugestimmt

Beschluss zur Annahme einer Spende; hier: Heimatpflege „Auerbacher Weihnachtsmarkt“

Der Gemeinderat der Gemeinde Auerbach beschließt, die anonyme Geldspende, welche in der Drogerie Leuthold, Hauptstraße 56, 09392 Auerbach, im Rahmen einer Spendenbox vereinnahmt wurde, zugunsten der Heimatpflege für den Erwerb einer Lichterkette für den Auerbacher Weihnachtsmarkt in Höhe von 44,47 € anzunehmen.

Beschluss-Nr.: 102/2024

mehrheitlicher Beschluss – zugestimmt

Beschluss zum Abschluss eines Wartungs- und Servicevertrages für die IT der Schulen

Der Gemeinderat der Gemeinde Auerbach beschließt, das Angebot zum Wartungs- und Servicevertrag zwischen der WHS Informationssysteme GmbH; Prof.-Richard-Beck-Str.4; 08280 Aue-Bad Schlema und der Gemeinde Auerbach über gesamt 120 Dienstleistungsstunden und einer monatlichen Vergütung von 906,00 € netto (1.078,14 € brutto), befristet bis 31.12.2025 anzunehmen.

Beschluss-Nr.: 103/2024

mehrheitlicher Beschluss – zugestimmt

Beschluss zur Sondernutzungssatzung der Gemeinde Auerbach

Der Gemeinderat der Gemeinde Auerbach beschließt die anliegende Satzung über die Erteilung von Erlaubnissen für die Sondernutzung und über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an Gemeindestraßen und Ortsdurchfahrten in der Gemeinde Auerbach.
(Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung).

Beschluss-Nr.: 104/2024

mehrheitlicher Beschluss – zugestimmt

Beschluss Grundsatzbeschluss zur Sicherung der Schulstandorte in den Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Auerbach-Burkhardtsdorf-Gornsdorf

Der Gemeinderat der Gemeinde Auerbach bekennt sich zur dauerhaften Sicherung der Schulstandorte in den beteiligten Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Auerbach-Burkhardtsdorf-Gornsdorf unter Aufrechterhaltung der jeweiligen Schulträgerschaft.

Die Gemeinde Auerbach informiert die übrigen Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Auerbach-Burkhardtsdorf-Gornsdorf frühzeitig über alle Maßnahmen und Tatsachen, die Auswirkungen auf den Betrieb und die Sicherung des Schulstandortes haben.

Die Gemeinde Auerbach wird die übrigen beteiligten Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Auerbach-Burkhardtsdorf-Gornsdorf unter Nutzung aller gesetzlichen Möglichkeiten bei der dauerhaften Sicherung der bestehenden Schulstandorte und Trägerschaften, soweit dies durch die jeweilige Gemeinde erwünscht ist, unterstützen.

Die Gemeinde Auerbach bekennt sich zur anliegenden Kooperationsvereinbarung und beauftragt den Bürgermeister nach gleichlautenden Beschlussfassungen in den übrigen Gemeinden und des Gemeinschaftsausschusses der Verwaltungsgemeinschaft Auerbach-Burkhardtsdorf-Gornsdorf mit der Unterzeichnung dieser.

Beschluss-Nr.: 105/2024

einstimmiger Beschluss – zugestimmt

Beschluss Antrag Vereinsförderung, hier: BVA – Anschaffung einer mobilen Tonanlage

Der Gemeinderat der Gemeinde Auerbach beschließt eine finanzielle Zuwendung in Höhe von 542,97 € für die Bürgervereinigung Auerbach, beantragt durch den stellvertretenden Vorsitzenden Ulf Landwehr, Auerbach, für die Anschaffung einer mobilen, akkubetriebenen Tonanlage mit Mikrofon und Ersatzakku.

Beschluss-Nr.: 106/2024

einstimmiger Beschluss – zugestimmt

Beschluss Antrag Vereinsförderung, hier: SG Auerbach/Hormersdorf e. V. – Anschaffung von 8 Minitoren

Der Gemeinderat der Gemeinde Auerbach beschließt eine finanzielle Zuwendung in Höhe von 748,80 € für den SG Auerbach/Hormersdorf e. V., beantragt durch den 2. Vorsitzenden Christian Kroschk, Braustraße 11, 09392 Auerbach, für die Anschaffung von 8 Stück Minitoren für den Vereinsnachwuchs im Fußball.

Beschluss-Nr.: 107/2024**mehrheitlicher Beschluss – zugestimmt***Beschluss Antrag auf Vorbescheid nach § 75 der Sächsischen Bauordnung;**hier: Errichtung eines Batteriespeichers mit zugehöriger Übergabestation*

Der Gemeinderat der Gemeinde Auerbach befürwortet die Bauvoranfrage der Fa. U1Solutions GmbH, Tim Rosar zur Errichtung eines Batteriespeichers in modularer Bauweise mit dazugehöriger Übergabe-station und Lager für Ersatzteile, Flurstück Nr. 234 der Gemarkung Auerbach.

Im nichtöffentlichen Teil der 5. Sitzung des Gemeinderates Auerbach wurde ein Beschluss in einer Personalangelegenheit gefasst.

Informationen/Anfragen/Bürgerfragestunde:

Herr Börner informiert, dass ab der 6. Sitzung des Gemeinderates die Sitzungsunterlagen für den öffentlichen Teil auf der Internetseite der Gemeinde Auerbach eingestellt werden.

In den nächsten Monaten wird es mit den Einrichtungsleitern Beratungen zur Haushaltsplanung geben.

gez. Horst Kretschmann
Bürgermeister



Satzung über die Erteilung von Erlaubnissen für die Sondernutzung und über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an Gemeindestraßen und Ortsdurchfahrten in der Gemeinde Auerbach (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung)

Auf Grund von § 4 Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Mai 2024 (SächsGVBl. S. 500) geändert worden ist, den §§ 18 und 22 des Straßengesetzes für den Freistaat Sachsen (SächsStrG) vom 21. Januar 1993 (SächsGVBl. S. 93), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. August 2019 (SächsGVBl. S. 762; 2020 S. 29) geändert worden ist, dem § 8 Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist, hat der Gemeinderat der Gemeinde Auerbach mit Zustimmung der für die Ortsdurchfahrten zuständigen oberen besonderen Straßenaufsichtsbehörde und der Rechtsaufsichtsbehörde in seiner Sitzung am 02.12.2024 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Sachlicher Geltungsbereich

- (1) Diese Satzung gilt für Gemeindestraßen einschließlich öffentlicher Wege und Plätze sowie für Ortsdurchfahrten von Bundes, Staats- und Kreisstraßen im Gebiet der Gemeinde Auerbach.
- (2) Zu den öffentlichen Straßen gehören der Straßenkörper, der Luftraum über dem Straßenkörper, das Zubehör und die Nebenanlagen, entsprechend § 2 Abs. 2 SächsStrG und § 1 Abs. 4 FStrG.

§ 2

Besondere Benutzung, Erlaubnispflicht

- (1) Die Benutzung der im § 1 bezeichneten Straßen über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) bedarf, soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, der Erlaubnis der Gemeinde. Die Benutzung ist erst nach schriftlicher Erteilung und nur im festgelegten Umfang der Erlaubnis zulässig.

Darüber hinaus darf die Sondernutzung erst nach Vorliegen anderer erforderlicher Genehmigungen, Erlaubnisse und/oder Bestimmungen ausgeübt werden.

- (2) Der Erlaubnis bedarf auch die Erweiterung oder Änderung der Sondernutzung.
- (3) Die Einräumung von Rechten zur Benutzung der Straße richtet sich nach bürgerlichem Recht, wenn die Benutzung den Gemeingebrauch nicht beeinträchtigt, wobei eine vorübergehende Beeinträchtigung für Zwecke der öffentlichen Versorgung außer Betracht bleibt (§ 23 Abs.1 SächsStrG und § 8 Abs. 10 FStrG).

§ 3

Erlaubnisbedürftige Sondernutzungen

- (1) Erlaubnisbedürftige Sondernutzungen sind insbesondere
 1. das Aufstellen von Stühlen und Tischen auf dem Gehweg vor Gaststätten sowie dekoratives oder abgrenzendes Zubehör von Imbissständen, Zelten und ähnlichen Anlagen zum Zwecke des Verkaufs von Waren oder Speisen;

2. in den Straßenraum mehr als nur geringfügig hineinragende Teile baulicher Anlagen, wie insbesondere Sonnenschutzdächer (Markisen), Vordächer und Verblindmauern;
 3. die vorübergehende Herstellung von Gehwegüberfahrten oder anderen Grundstückzufahrten mit mehr als 5 m Breite bei Baumaßnahmen (Baustellenzufahrten);
 4. der Regel auch das Aufstellen von Baubuden, Bauzäunen, Gerüsten, Schuttrutschen, das Abstellen von Arbeitswagen, Baumaschinen und -geräten, die Lagerung von Baustoffen, Bauschutt oder sonstigen Gegenständen;
 5. das Verteilen von Werbeschriften von Tischen oder Ständen aus sowie die Werbung durch Personen, die Plakate oder ähnliche Ankündigungsmittel zu Werbezwecken umhertragen;
 6. das Abstellen von Fahrzeugen und Anhängern zum Zweck der Vermietung oder des Verkaufs;
 7. das Aufstellen von Fahrradständern und die Errichtung von Fahrradabstellanlagen;
 8. das Aufstellen von Warenauslagen und Warenständern;
 9. das Aufstellen von Gefäßen und Containern zur Aufnahme von Hausmüll oder Wertstoffen;
 10. die gegenständliche Inanspruchnahme des Luftraumes bis zu einer Höhe von 5 m oberhalb der Fahrbahn und einer Höhe bis zu 4 m oberhalb der übrigen Verkehrsfläche;
 11. das Halten und Parken von Fahrzeugen zum Zwecke des Verkaufs von im Fahrzeug mitgeführten Waren (rollende Läden) sowie ambulanten Handel;
 12. die Werbung für politische Parteien, Organisationen, Wählervereinigungen soweit sie mit Plakaten, Ständen oder ähnlichen sperrigen Anlagen durchgeführt wird.
- (2) Die Anlage neuer und die Änderung bestehender Zufahrten und Zugänge zu Bundes-, Staats- und Kreisstraßen außerhalb der zur Erschließung bestimmten Teile der Ortsdurchfahrt sowie zu Gemeindeverbindungsstraßen außerhalb der geschlossenen Ortslage gelten gemäß § 8a FStrG und § 22 Abs. 1 SächsStrG als Sondernutzung. Zuständig ist die jeweilige Straßenbaubehörde.

§ 4 **Erlaubnis Antrag**

- (1) Die Sondernutzungserlaubnis wird nur auf Antrag erteilt. Dieser ist in der Regel in Textform innerhalb 2 Wochen vor der beabsichtigten Ausübung der Sondernutzung mit Angaben von Ort, Art, Umfang und Dauer der Sondernutzung bei der Gemeinde zu stellen. Die Gemeinde kann Erläuterungen durch Zeichnung, textliche Beschreibung oder in sonst geeigneter Weise verlangen.
- (2) Ist mit der Sondernutzung eine Behinderung oder Gefährdung des Verkehrs oder eine Beschädigung der Straße oder der Gefahren einer solchen Beschädigung verbunden, so muss der Antrag Angaben darüber enthalten, in welcher Weise den Erfordernissen der Sicherheit und Ordnung des Verkehrs sowie des Schutzes der Straße Rechnung getragen wird.
- (3) Anträge über den Erlass verkehrsrechtlicher Anordnungen und Ausnahmegenehmigungen für Bundes-, Staats- und Kreisstraßen sind möglichst zeitgleich beim Landratsamt Erzgebirgskreis als untere Straßenverkehrsbehörde, Ausnahmegenehmigungen für Gemeinde- und sonstigen öffentlichen Straßen sind möglichst bei der Gemeinde als örtliche Straßenverkehrsbehörde zu stellen.

§ 5 **Erlaubniserteilung**

- (1) Die Erteilung einer Erlaubnis steht im pflichtgemäßen Ermessen der Gemeinde Auerbach. Sie wird auf Zeit oder Widerruf erteilt. Die Erlaubnis kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden.
- (2) Die Erlaubnis- oder Genehmigungspflicht nach anderen Vorschriften wird durch die Sondernutzungserlaubnis nicht berührt.
- (3) Die erteilte Sondernutzungserlaubnis gilt nur für den Erlaubnisnehmer. Erlaubnisnehmer ist derjenige, welchem die Sondernutzungserlaubnis erteilt wurde. Weder eine Überlassung an Dritte, noch die Wahrnehmung durch Dritte, die nicht Erlaubnisnehmer sind, ist gestattet.
- (4) Soweit die Gemeinde nicht Straßenbaulastträger ist, darf sie die Erlaubnis nur mit dessen Zustimmung erteilen. Die Hinweise und Auflagen des Straßenbaulastträgers werden Bestandteile der Erlaubnis. Die Antragsfrist soll in diesen Fällen einen Monat betragen.

§ 6 **Erlaubnisversagung**

- (1) Die Erlaubnis ist in der Regel zu versagen, wenn durch die Sondernutzung oder die Häufung von Sondernutzungen eine nicht vertretbare Beeinträchtigung der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs zu erwarten ist, die auch durch Erteilung von Bedingungen und Auflagen nicht ausgeschlossen werden kann.
- (2) Die Erlaubnis kann versagt werden, wenn den Interessen des Gemeingebrauchs, insbesondere der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs oder des Schutzes des öffentlichen Verkehrsgrundes, oder anderer rechtlich geschützter Interessen, der Vorrang gegenüber der Sondernutzung gebührt. Dies ist insbesondere der Fall, wenn
 1. der mit der Sondernutzung verfolgte Zweck ebenso durch die Inanspruchnahme privater Grundstücke erreicht werden kann;
 2. die Sondernutzung an anderer Stelle bei geringerer Beeinträchtigung des Gemeingebrauches erfolgen kann;
 3. die Straße oder ihre Ausstattung durch die Art der Sondernutzung und/oder deren Folgen beschädigt werden kann und der Erlaubnisnehmer nicht hinreichend Gewähr bietet, dass die Beschädigung auf seine Kosten unverzüglich wieder behoben wird;
 4. zu befürchten ist, dass durch die Sondernutzung andere Personen gefährdet oder in unzumutbarer Weise belästigt werden können oder eine Beeinträchtigung vorhandener, ortsgebundener gewerblicher Nutzungen zu befürchten ist.
- (3) Die Sondernutzungserlaubnis kann auch versagt werden, wenn derjenige, welcher eine Erlaubnis nach § 4 beantragt hat, Gebührenschuldner für zurückliegende und beendete Sondernutzungen ist oder den Nachweis über die erfolgte Einzahlung eines Verwaltungskostenvorschusses nicht innerhalb eines Monats nach Antragstellung vorweist.

§ 7 **Pflichten des Erlaubnisnehmers**

- (1) Der Erlaubnisnehmer hat Anlagen so zu errichten und zu unterhalten, dass sie den Anforderungen der Sicherheit und Ordnung, den anerkannten Regeln der Technik sowie der Verkehrssicherheit genügen. Arbeiten an der Straße bedürfen der Zustimmung der Straßenbaubehörde.

- (2) Der Erlaubnisnehmer hat einen ungehinderten Zugang zu allen in die Straßendecke eingebauten Einrichtungen zu gewährleisten. Wasserablaufriegen, Kanalschächte, Hydranten, Kabel-, Heizungs- und sonstige Schächte sind freizuhalten.
- (3) Soweit Arbeiten an der Straße erforderlich sind, sind diese so vorzunehmen, dass nachhaltige Schäden am Straßenkörper und an den Anlagen, insbesondere an den Wasserablaufriegen und den Versorgungs- und Kanalleitungen sowie eine Änderung ihrer Lage vermieden wird. Die Gemeinde ist spätestens 1 Woche vor Beginn der Arbeiten schriftlich zu benachrichtigen. Die Gemeinde informiert die Straßenbaubehörde hierüber entsprechend.
- (4) Erlischt die Erlaubnis, so haben die bisherigen Erlaubnisnehmer die Sondernutzung einzustellen, alle von ihnen erstellten Einrichtungen und die zur Sondernutzung verwendeten Gegenstände unverzüglich zu entfernen und den früheren Zustand ordnungsgemäß wiederherzustellen. Abfälle und Wertstoffe sind ordnungsgemäß zu entsorgen, die beanspruchten Flächen sind gegebenenfalls zu reinigen.

§ 8

Haftung und Sicherheiten

- (1) Die Gemeinde Auerbach kann den Erlaubnisnehmer verpflichten, zur Deckung des Haftpflichtrisikos vor der Inanspruchnahme der Erlaubnis den Abschluss einer ausreichenden Haftpflichtversicherung nachzuweisen und diese Versicherung für die Dauer der Sondernutzung aufrechtzuerhalten. Die Gemeinde Auerbach kann die Hinterlegung einer angemessenen Sicherheit zugunsten des betroffenen Straßenbaulastträgers fordern, sofern dieser es verlangt. Der Gemeinde Auerbach zusätzlich durch die Sondernutzung entstehende Kosten hat der Sondernutzer auch zu ersetzen, wenn sie die hinterlegte Sicherheit übersteigen.
- (2) Der Erlaubnisnehmer haftet dem Träger der Straßenbaulast für Schäden, die durch die Sondernutzung entstehen. Von Ersatzansprüchen Dritter hat der Erlaubnisnehmer den Träger der Straßenbaulast freizustellen.
- (3) Der Erlaubnisnehmer haftet für die Verkehrssicherheit der angebrachten oder aufgestellten Sondernutzungsanlagen und Gegenstände. Wird durch die Sondernutzung der Straßenkörper beschädigt, so hat der Erlaubnisnehmer die Fläche verkehrssicher zu schließen und der Gemeinde Auerbach die vorläufige Instandsetzung und die endgültige Wiederherstellung mit Angabe des Zeitpunktes, wann die Straße dem öffentlichen Verkehr wieder zur Verfügung steht, anzuzeigen.

Über die endgültige Wiederherstellung wird ein Abnahmeprotokoll mit Vertretern der Gemeinde Auerbach gefertigt. Soweit die Gemeinde Auerbach nicht Träger der Straßenbaulast ist, wird ein Vertreter des Straßenbaulastträgers hinzugezogen. Der Erlaubnisnehmer haftet gegenüber dem Träger der Straßenbaulast hinsichtlich verdeckter Mängel der Wiederherstellung nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik bis zum Ablauf einer Gewährleistungsfrist von 5 Jahren.

Bei Widerruf der Erlaubnis oder bei Sperrung, Änderung, Umstufung oder Einziehung der Straße besteht kein Ersatzanspruch gegen die Gemeinde.

- (4) Die Gemeinde Auerbach haftet nicht für Schäden an den Sondernutzungsanlagen oder -einrichtungen, es sei denn, ihr oder ihren Bediensteten fällt Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last.

§ 9

Erlaubnisfreie Sondernutzung, Ausnahmen

- (1) Keiner Sondernutzungserlaubnis bedürfen
 1. bauaufsichtlich genehmigte Anlagen im Straßenkörper, wie Kellerschächte, Roste, Einwurfvorrichtungen, Treppenstufen, wenn sie nicht mehr als 0,5 m in einen Gehweg oder 0,75 m in eine Fußgängerzone oder einen verkehrsberuhigten Bereich hineinragen;

2. die Ausschmückung von Straßen- und Häuserfronten für Feiern, Feste, Umzüge und ähnliche Veranstaltungen zur Pflege des Brauchtums oder für kirchliche Prozessionen;
 3. die vorübergehende Lagerung von Brennstoffen, Baumaterialien sowie Umzugsgut auf Gehwegen und Parkstreifen am Tage der An- bzw. Abfuhr, sofern die Verkehrsteilnehmer hierdurch nicht gefährdet werden;
 4. das Aufstellen von Hausmüll- und Reststoffbehältern auf Gehwegen und Parkstreifen für den Zeitpunkt der regelmäßigen Entleerung, jedoch nur einen Tag vor der Entleerung, am Tag der Entleerung und einen Tag nach der Entleerung;
 5. behördlich genehmigte Straßensammlungen sowie der Verkauf von Losen für behördlich genehmigte Lotterien auf Gehwegen, in Fußgängerzonen oder verkehrsberuhigten Bereichen.
- (2) Sonstige nach öffentlichem Recht erforderliche Erlaubnisse, Genehmigungen oder Bewilligungen bleiben unberührt.
- (3) Erlaubnisfreie Sondernutzungen nach Abs. 1 können eingeschränkt oder untersagt werden, wenn die Belange des Straßenbaus oder der Sicherheit oder Ordnung des Verkehrs dies erfordern.

§ 10

Hinweis auf gesetzliche Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer die in § 52 Abs.1 Nr.3 bis 9 SächsStrG oder in § 23 FStrG bezeichneten Tatbestände erfüllt, also insbesondere
1. entgegen gesetzlichen Vorschriften eine Straße ohne Erlaubnis über den Gemeingebrauch hinaus benutzt;
 2. einer erteilten vollziehbaren Auflage für die Erlaubnis nicht nachkommt;
 3. eine Anlage nicht vorschriftsmäßig errichtet, erhält oder ändert;
 4. Zufahrten oder Zugänge ohne Erlaubnis anlegt oder ändert.
- (2) Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis 500 €, in bestimmten Fällen sogar mit bis zu 5000 € geahndet werden.

§ 11

Erhebung von Gebühren und Kostenersatz

- (1) Für erlaubnispflichtige Sondernutzungen im Sinne des § 2 werden Gebühren nach Maßgabe des in der Anlage beigefügten Gebührenverzeichnisses erhoben.
- (2) Gebührenfrei sind Sondernutzungen, die ausschließlich religiösen, gemeinnützigen oder politischen Zwecken dienen und auf aktuelle Ereignisse und Vorhaben hinweisen.
- (3) Sondernutzungsgebühren werden auch dann erhoben, wenn eine erlaubnispflichtige Sondernutzung ohne Erlaubnis ausgeübt wird.
- (4) Der Erlaubnisnehmer hat auf Verlangen der Gemeinde die im Rahmen der Sondernutzung errichteten oder unterhaltenen Anlagen auf seine Kosten zu ändern und alle Kosten zu ersetzen, die dem Träger der Straßenbaulast durch die Sondernutzung entstehen. Hierfür kann der Träger der Straßenbaulast angemessene Vorschüsse und Sicherheiten verlangen.

§ 12
Gebührensschuldner

- (1) Gebührenschuldner sind
 1. der Antragsteller;
 2. der Erlaubnisnehmer;
 3. derjenige, der die Sondernutzung tatsächlich ausübt oder in dessen Interesse die Sondernutzung ausgeübt wird.
- (2) Bei einer Mehrheit von Gebührenschuldnern haftet jeder als Gesamtschuldner.

§ 13
Gebührenberechnung

- (1) Die Gebühr ist im Einzelfall nach Art und Ausmaß der Einwirkung auf die Straße und den Gemeingebrauch sowie nach den wirtschaftlichen Interessen des Gebührenschuldners an der Sondernutzung zu bemessen. Dies gilt auch, soweit das Gebührenverzeichnis einen Gebührenrahmen vorsieht, innerhalb dessen sich die Gebühr nach den Ermessenskriterien des Gebührenrahmens bestimmt.
- (2) Werden Gebühren in Tages-, Wochen-, Monats- oder Jahressätzen festgelegt, dann werden angefangene zeitliche Nutzungsdauern voll berechnet. Ergeben sich bei der Errechnung von Gebühren nach dem Gebührenverzeichnis Beträge, die geringer als die Mindestgebühr sind, so wird die Mindestgebühr erhoben.
- (3) Die Gebühren werden auf halbe oder volle Euro-Beträge abgerundet.
- (4) Für Sondernutzungen, die nicht im Gebührenverzeichnis enthalten sind, richtet sich die Gebühr in sinngemäßer Anwendung nach Absatz 1 Satz 1. Sie richtet sich soweit als möglich nach einer im Gebührenverzeichnis enthaltenen vergleichbaren Sondernutzung.

§ 14
Gebührenerstattung

Wird von einer Erlaubnis kein Gebrauch gemacht, so werden bereits gezahlte Sondernutzungsgebühren auf Antrag erstattet. Endet die Sondernutzung vor Ablauf des Zeitraumes, für den die Sondernutzungsgebühren entrichtet wurden, oder wurde die genehmigte Fläche nicht voll in Anspruch genommen, so kann auf Antrag des Gebührenschuldners der auf die nicht in Anspruch genommene Zeit oder Fläche entfallende Anteil der Gebühren erstattet werden. Der Erlaubnisnehmer hat die Nichtinanspruchnahme glaubhaft zu machen und gegebenenfalls nachzuweisen. Die Gemeinde ist berechtigt, eine angemessene Pauschale zur Deckung ihres Verwaltungsaufwandes einzubehalten.

§ 15
Billigkeitsmaßnahmen und sonstige Kosten

- (1) Für die Billigkeitsmaßnahmen Stundung, Niederschlagung, Erlass gelten die §§ 222, 227, 234 Abs. 1 und 2, 238 und 261 der Abgabenordnung entsprechend.
- (2) Kosten, die der Gemeinde Auerbach durch die Sondernutzung zusätzlich entstehen, hat der Gebührenpflichtige nach § 12 dieser Satzung zu tragen.

§ 16
Gebührenschild und Fälligkeit der Gebühren

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht
- a) mit der Erteilung der Sondernutzungserlaubnis;
 - b) für Sondernutzungen für einen bestimmten Zeitraum bei Erteilung der Erlaubnis für den gesamten Zeitraum; sind für die Sondernutzung wiederkehrende Jahresgebühren zu entrichten, entsteht die Gebührenschuld für das laufende Jahr mit der Erteilung der Erlaubnis, für die folgenden Jahre entsteht die Gebührenschuld mit Beginn des jeweiligen Jahres;
 - c) für Sondernutzungen, die bei Inkrafttreten dieser Satzung erlaubt waren, mit dem Inkrafttreten der Satzung;
 - d) bei unerlaubter Sondernutzung mit dem Beginn der Nutzung.
- (2) Die Gebührenpflicht besteht bis zur schriftlichen Anzeige der Beendigung der Sondernutzung oder bis zum Zeitpunkt der Kenntnisnahme der Gemeinde Auerbach von der Beendigung der Sondernutzung.
- (3) Die Gebühren werden durch Gebührenbescheid festgesetzt. Sie werden in den Fällen des § 16 Abs. 1
- a) Buchstabe a, c und d mit Bekanntgabe des Bescheides fällig;
 - b) Buchstabe b erstmalig mit Bekanntgabe des Bescheides, ansonsten jeweils zu Beginn der Zeitperiode fällig. Bei Sondernutzungen auf Widerruf jeweils zu Beginn des Folgejahres fällig.

Die fälligen Gebühren können bei Nichteinhaltung der Fälligkeitstermine im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben werden.

§ 17
Übergangsregelung

Diese Satzung gilt auch für bereits bestehende Sondernutzungen. Sondernutzungen, für die die Gemeinde Auerbach vor Inkrafttreten dieser Satzung eine Erlaubnis auf Zeit oder Widerruf erteilt hat, bedürfen keiner neuen Erlaubnis nach dieser Satzung.

§ 18
Inkrafttreten

Die Satzung tritt am 01.06.2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung für die Sondernutzung und über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an Gemeindefahrten und Ortsdurchfahrten in der Gemeinde Auerbach vom 25.09.2001 außer Kraft.

Auerbach, den 03.12.2024

gez. Kretschmann
Bürgermeister

Dienstsigel

Gebührenverzeichnis für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen

als Anlage Satzung über die Erteilung von Erlaubnissen für die Sondernutzung und über die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen an Gemeindestraßen und Ortsdurchfahrten in der Gemeinde Auerbach (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung)

lfd. Nr	Gebührentatbestand	Basis	Zeit-einheit	Gebühr
1	Aufstellen von Tischen und Stühlen sowie dekorativem und damit zusammenhängendem abgrenzendem Zubehör vor Geschäften / Gaststätten / Gebäuden (Freischankflächen)	m ²	Monat	1,61 €
2	Aufstellen von Verkaufswagen und -ständen	m ²	Tag	0,04 €
3	Aufstellen von Waren- und Verkaufsautomaten	Stück	Jahr	46,25 €
4	Aufstellen von Warenständen und Auslagen	m ²	Monat	1,61 €
5	Aufstellen von Fahrradständen mit Werbung	m ²	Jahr	13,01 €
6	Aufstellen von Fahrradständen ohne Werbung	m ²	Jahr	10,12 €
7	Sonnenschutzdächer und Markiesen	m ²	Jahr	8,43 €
8	Baustelleneinrichtung und Bauzäune oder andere Abgrenzungen, Ablagerung von Baustoffen, Arbeitsmaterialien, Abstellen von Arbeitswagen, Baumaschinen, und -geräten	m ²	Woche	0,38 €
9	Aufgrabungen im Gehweg- und Straßenbereich	m ²	Tag	0,05 €
10	Herstellung von temporären Baustellenzufahrten, Gehwegsüberfahrten, Grundstückszufahrten	je Zufahrt	Monat	16,56 €
11	Aufstellen von Schutt- und Abfallcontainern bis zu 3 Stunden	kostenfrei		- €
12	Aufstellen von Schutt- und Abfallcontainern ab 3 Stunden	Stück	Tag	1,43 €
13	Aufstellen von Altkleidercontainern	Stück	Jahr	55,65 €

14	Werbe- und Informationsveranstaltungen (Fahrzeuge oder Infostände)	m ²	Tag	0,05 €
15	Anbringen von Plakaten oder ähnlichen Ankündigungsmitteln	m ²	Tag	0,05 €
16	Werbeanlagen an Verkehrsflächen, die mit baulichen Anlagen verbunden sind und eine Ausladung von mehr als 20 cm haben oder selbstständig und auf Dauer auf Verkehrsflächen aufgestellt sind	m ²	Jahr	26,02 €
17	Durchführung von Festen und Veranstaltungen	m ²	Tag	0,03 €
18	Abstellen von zulassungspflichtigen, aber nicht zugelassenen Fahrzeugen	Fahrzeug	Tag	1,19 €
19	Mindestgebühr, soweit nicht festgesetzt			10,00 €
Die Gebührenbemessung und -höhe für Sondernutzungen, die nicht ausdrücklich erfasst sind, richtet sich nach ähnlichen erfassten Sondernutzungen				
Die Gebühr für nicht erlaubte aber durchgeführte Sondernutzung orientiert sich an der im Kostenverzeichnis angegebenen Gebühr.				

Hinweise nach § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO

Nach § 4 Abs. 4 Satz 1 der SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften zustandegekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustandegekommen.

Dies gilt nicht, wenn:

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist;
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind;
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat;
4. vor Ablauf der in § 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat
oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 und 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Die Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.